

**Verordnung
zum Schulgesetz ***

Vom 7. Juli 1992 (Stand 1. Januar 2018)

Der Regierungsrat des Kantons Zug,

in Vollziehung des Schulgesetzes vom 27. September 1990¹⁾,

beschliesst:

1. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Geltungsbereich

¹ Diese Verordnung regelt den Vollzug des Schulgesetzes, soweit der Regierungsrat dafür zuständig ist.

² Der Bildungsrat erlässt in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen, namentlich für die Bereiche Promotion und Übertrittsverfahren, die entsprechenden Reglemente. *

³ Separate Verordnungen bestehen zudem für die Organisation der kantonalen Schulen.

§ 2 Bezeichnungen und Begriffe

¹ Soweit in diesem Erlass nur weibliche oder männliche Bezeichnungen gebraucht werden, gelten sie auch für das andere Geschlecht.

² Unter dem Begriff Erziehungsberechtigte sind die oder der Inhaber der elterlichen Sorge oder auch Pflegeeltern zu verstehen, soweit die Vertretung der Erziehungsberechtigten zur Erfüllung ihrer Aufgabe angezeigt ist und keine abweichenden Anordnungen vorliegen (Art. 300 ZGB). *

³ Unter dem Begriff Schule sind die Kindergarten-, Primar- und Sekundarstufe I zu verstehen, sofern nicht ausdrücklich eine Stufe oder eine Schulart ausgenommen ist. *

¹⁾ GS 412.11

^{3a} Die Grundstufe umfasst die Kindergarten- und das erste Jahr der Primarstufe. Die Basisstufe umfasst die Kindergarten- und die ersten beiden Jahre der Primarstufe. *

§ 3 Einschreibung / Anmeldung

¹ Die Erziehungsberechtigten sind verpflichtet, ihre schulpflichtigen Kinder beim Rektor zum Schulbesuch anzumelden oder den Besuch einer anerkannten Privatschule bzw. eine bewilligte Privatschulung mitzuteilen. *

² Die gemeindliche Einwohnerkontrolle meldet dem Rektorat die Personalien jener Kinder, die im laufenden Jahr schulpflichtig werden, sowie der neuzugezogenen schulpflichtigen Kinder.

³ Als Aufenthaltsort eines Kindes gilt derjenige Ort, an welchem das Kind unter der Woche regelmässig bzw. mehrheitlich übernachtet. *

⁴ Der Aufenthaltsort eines Kindes ist auch für den Besuch des freiwilligen Kindergartens massgebend, sofern die betreffende Gemeinde diesen anbietet. *

2. Die gemeindlichen Schulen

§ 4 Aufnahme

¹ ... *

² Die schulpflichtigen und schulberechtigten Kinder werden in den obligatorischen Kindergarten aufgenommen. *

^{2a} Die Aufnahme in den freiwilligen Kindergarten wird von der Gemeinde geregelt. *

³ ... *

§ 4a* Übertritt nach dem obligatorischen Kindergarten

¹ Die Kindergartenlehrperson führt im obligatorischen Kindergarten mit den Erziehungsberechtigten ein Übertrittsgespräch.

² Als Grundlage für dieses Gespräch dienen die Beobachtungs- und Beurteilungsunterlagen.

§ 5 Schulaustritt

¹ Die Erziehungsberechtigten jener Kinder, die während eines Jahres den Kindergarten und während neun Jahren den Unterricht der Primar- und der Sekundarstufe I besuchen, nicht aber zehn Schulklassen absolviert haben, sind verpflichtet, dem Rektor einen allfälligen Schulaustritt mitzuteilen. *

² Ein Austritt vor Erfüllung der Schulpflicht bedarf eines schriftlich begründeten Gesuchs der Erziehungsberechtigten. Der Rektor bewilligt die vorzeitige Entlassung aus der Schulpflicht, wenn besondere Gründe vorliegen. *

³ Der Schulaustritt nach Erfüllung der Schulpflicht hat in der Regel auf Ende eines Schuljahres zu erfolgen; eine vorzeitige Entlassung aus der Schulpflicht kann nur auf Ende eines Schuljahres bewilligt werden.

§ 6 Unterrichtspflichtpensum *

¹ Für die Schülerinnen und Schüler der einzelnen Stufen beträgt das wöchentliche Pflichtpensum: *

a) * Kindergarten: 17 Stunden

b) Primarstufe:

1. * 1. Schuljahr: 18 Stunden

2. 2. Schuljahr: 18 Stunden

3. 3. Schuljahr: 20 1/4 Stunden

4. 4. Schuljahr: 20 1/4 Stunden

5. 5. Schuljahr: 21 3/4 Stunden

6. 6. Schuljahr: 21 3/4 Stunden

c) * Sekundarstufe I:

1. 7. Schuljahr: 26 1/4 Stunden

2. 8. Schuljahr: 26 1/4 Stunden

3. 9. Schuljahr: 26 1/4 Stunden

² Die Auffangzeit im Kindergarten ist ein fakultatives Angebot für das Kind. Sie ermöglicht ein individuelles Eintreffen sowie selbstständige Tätigkeiten und eine gezielte Förderung des einzelnen Kindes durch die Kindergartenlehrperson. *

³ Im Pflichtpensum nicht berücksichtigt ist der von den anerkannten Kirchen gemäss § 14^{bis} Abs. 1 des Schulgesetzes erteilte Religionsunterricht im Umfang von maximal 3/4 – 1 1/2 Stunden vom 2. bis 6. Schuljahr bzw. 3/4 Stunden vom 7. bis 9. Schuljahr. *

^{3a} Im Pflichtpensum der Kindergarten- und Primarstufe ist die individuelle Förderung nicht berücksichtigt. *

⁴ ... *

⁵ ... *

⁶ ... *

§ 7 * Kooperative Oberstufe

¹ Niveaurekurse mit zwei unterschiedlichen Leistungsanforderungen werden in Mathematik und in Englisch geführt. Die Gemeinden können zusätzlich Niveaurekurse in Französisch und in Deutsch anbieten. *

² Sofern die Werkschule in die kooperative Oberstufe einbezogen wird, kann die Gemeinde pro Niveaufach Kurse mit drei unterschiedlichen Leistungsanforderungen anbieten.

³ Für die Bildung der Niveaurekurse gelten die Klassengrössen gemäss § 12 des Schulgesetzes.

⁴ Entweder in Französisch oder in Deutsch kann eine Gemeinde aus organisatorischen Gründen die Niveaurekurse innerhalb der Klasse führen. *

§ 8 Schulversuche

¹ ... *

² ... *

³ Das Gesuch um Bewilligung eines Schulversuches muss Angaben enthalten über:

- a) die Zielsetzung und die Dauer des Versuchs;
- b) die Abweichungen von gesetzlichen Bestimmungen;
- c) die Begleitung und die Auswertung des Versuchs;
- d) * die Information der Erziehungsberechtigten und die Zusammenarbeit mit ihnen;
- e) Kostenvoranschlag;
- f) die Bedeutung für den Kanton.

§ 8^{bis} * Schulaufsicht

¹ Die Schulaufsicht prüft die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen sowie kantonaler Vorgaben an den gemeindlichen und privaten Schulen sowie bei Privatschulungen. Sie beantragt der Direktion für Bildung und Kultur aufgrund der Ergebnisse allenfalls notwendige Massnahmen. Sie *

- a) prüft insbesondere die Gleichwertigkeit der Angebote der einzelnen Schulen;
- b) * instruiert Gesuche für die Anerkennung von Privatschulen und die Bewilligung von Privatschulung;
- c) überprüft die Lehrberechtigung der Lehrpersonen;

- d) ist kantonale Informationsstelle bei Schuleintritten ausserkantonaler oder ausländischer Kinder;
- e) leitet das Übertrittsverfahren von der 6. Primarklasse in die 1. Klasse der Sekundarstufe I und den Wechsel von der 1. Klasse der Sekundarschule ins Gymnasium;
- f) berät Schulleitungen in Belangen der Schulorganisation sowie der Schulgesetzgebung.

² Die Schulaufsicht ist berechtigt, die für ihren Tätigkeitsbereich notwendigen Unterlagen von den gemeindlichen und privaten Schulen sowie den Erziehungsberechtigten privat geschulter Kinder einzuverlangen. *

³ Sie ist ausserdem berechtigt, bei der bewilligten Privatschulung angemeldete Besuche durchzuführen und die jährliche Prüfung, ob die gemäss den Lehrplänen vorgeschriebenen Lernziele erreicht werden, anzuordnen. *

§ 8^{ter} * Externe Schulevaluation

¹ Die externe Schulevaluation prüft an den gemeindlichen Schulen, an den Sonderschulen sowie an den Privatschulen alle drei bis fünf Jahre systematisch die Qualität der Schulen. Sie beurteilt *

- a) die Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrages;
- b) das interne Qualitätsmanagement;
- c) die Organisation der Schule;
- d) die Wirkung der Schule als pädagogische Einheit;
- e) die Umsetzung der kantonalen Schwerpunkte der Bildungsziele und der Schwerpunkte der Schule selbst;
- f) die Qualität des Lehrens und Lernens;
- g) die operative Führung der Schule.

² Die externe Schulevaluation führt die Evaluation zeitlich und inhaltlich in Absprache mit der Schulleitung durch. Die Evaluationsthemen und Qualitätskriterien werden mit ihr schriftlich vereinbart. Die Schulleitung stellt die erforderlichen Unterlagen zur Verfügung und trifft schulintern die nötigen Vorbereitungen.

³ Die externe Schulevaluation verfasst für die Schule, die Schulleitung und die Schulkommission bzw. bei den Sonderschulen und Privatschulen für die Trägerschaft der Schule einen Bericht mit den Ergebnissen und entsprechenden Entwicklungshinweisen. Sie erstellt jährlich zuhanden des Bildungsrates einen zusammenfassenden Bericht. *

⁴ Die Schule erstellt aufgrund des Evaluationsberichtes innert drei Monaten zuhanden des Amtes für gemeindliche Schulen einen Massnahmenplan.

§ 9 Lehrmittel

¹ Der Einkauf, die Lagerung und Verteilung der von der Direktion für Bildung und Kultur beschlossenen Lehrmittel erfolgt durch die kantonale Lehrmittelzentrale. *

² Sie stellt den gemeindlichen Schulen, den öffentlich-rechtlich anerkannten Kirchen sowie den Privatschulen 50 % des Kaufpreises der von ihnen bezogenen Lehrmittel in Rechnung. *

³ Die Gemeinden haben eine Lehrmittelverwaltung einzurichten, welche die Lehrmittel bei der kantonalen Lehrmittelzentrale für die gemeindlichen Schulen bestellt, abholt und verteilt. *

§ 10 Elternbeiträge

¹ Die Gemeinden sind berechtigt, von den Erziehungsberechtigten Beiträge für folgende Aufwendungen zu verlangen: *

- a) Verpflegungskosten bei Klassenlagern, Arbeits- und Projektwochen und Lehrausgängen;
- b) Reise-, Verpflegungs- und Unterkunftskosten bei Schulreisen und freiwilligen Schul- und Klassenlagern, insbesondere auch bei Lagern im Rahmen der Sportwoche;
- c) * ...
- d) Schulbus;
- e) zusätzliche Schulangebote gemäss § 19 des Schulgesetzes;
- f) Schulzahnarzt-Dienst gemäss § 43 Abs. 1 des Schulgesetzes.

² Die Anschaffung des persönlichen Schul- und Gebrauchsmaterials ist Sache der Erziehungsberechtigten. *

³ Nach Absprache mit den Erziehungsberechtigten können für die Herstellung von Gegenständen mit bleibendem Wert Beiträge erhoben werden. *

§ 10a * Administrative Daten

¹ Administrative Daten von Schülern sind deren Name und Vorname, Geburtsdatum, Adresse, Telefonnummer, bisherige Klasse, bisherige Lehrperson, Staatszugehörigkeit, Muttersprache, Konfession, Inhaberin oder Inhaber der elterlichen Sorge sowie allenfalls Vorname, Name, Adresse und Telefonnummer einer allfälligen Tagesbetreuung.

2^{bis}. Sonderschulung *

§ 11 * Verfahren

¹ Die Zuweisung zu einer Sonderschulung richtet sich nach Anhang I, die Zuweisung von Kindern zu Massnahmen der Frühförderung nach Anhang II.

² Bei einer Sonderschulung im Zusammenhang mit medizinischen, sozialfürsorglichen oder jugendstrafrechtlichen Massnahmen beantragt die abklärende Stelle bei der Direktion für Bildung und Kultur den Kantonsbeitrag an das Schulgeld.

³ Für Massnahmen der Frühförderung melden die Erziehungsberechtigten ihr Kind direkt beim Heilpädagogischen Dienst Zug an.

§ 11^{bis} * Beiträge

¹ Die Kantons- und Gemeindebeiträge werden in Form von Pauschalen gewährt. Die Höhe der Pauschalen und der Zahlungsmodus werden in den Leistungsvereinbarungen geregelt. Die Pauschale wird erstmalig vom Regierungsrat festgelegt. Die Direktion für Bildung und Kultur stellt den Gemeinden deren Anteil in Rechnung.

² Die Erziehungsberechtigten haben pro Kalenderjahr an das Kostgeld einen Beitrag von Fr. 2700. – bei internem bzw. Fr. 1000. – bei externem Schulbesuch sowie anfällige Nebenkosten zu zahlen. Dieser wird von den Schulen in der Regel quartalsweise direkt den Erziehungsberechtigten in Rechnung gestellt. Bei Ein- oder Austritten während des Schuljahres reduziert sich der Kostgeldbeitrag anteilmässig. *

³ Erfolgt die Zuweisung in eine Sonderschule direkt durch die Erziehungsberechtigten, jedoch ohne Entscheid durch die Gemeinde und ohne kantonale Mitfinanzierungsentscheid, entfällt der Kantonsbeitrag. *

§ 11^{ter} * Zuständige Instanzen

¹ Die Direktion für Bildung und Kultur bezeichnet jene Sonderschulen, für die aufgrund von Art. 31 ff. der Interkantonalen Vereinbarung für Soziale Einrichtungen IVSE¹⁾ Kostenübernahmegarantien beantragt und Vergütungen beansprucht werden können. Die Aufnahme einer Schule in eine entsprechende Liste setzt voraus, dass die Schulen einen pädagogisch, therapeutisch und wirtschaftlich einwandfreien Betrieb gewährleisten.

² ... *

¹⁾ BGS [861.52](#)

³ Die Finanzkontrolle hat folgende Aufgaben. Sie

- a) prüft, ob die zugerischen Schulen im Sinne von Art. 33 der IVSE über eine wirtschaftliche Betriebsführung verfügen und im Sinne von Art. 34 der IVSE eine Kostenrechnung führen;
- b) prüft in Zusammenarbeit mit der Direktion für Bildung und Kultur die Betriebsrechnungen dieser Schulen. Sie kann weitere Unterlagen anfordern.

3. Gemeindliche Schuldienste

3.1. Schularzt-Dienst

§ 12 Organisation

¹ Für jede Gemeinde ist vom Gemeinderat ein Schularzt zu bezeichnen, der die gemeindlichen Kindergärten und Schulen ärztlich zu betreuen hat.

² Der Schularzt koordiniert seine Tätigkeit mit dem Rektorat. Fachtechnischer Vorgesetzter ist der Kantonsarzt.

³ Er untersteht der amtlichen Schweigepflicht. Die Wahrung des ärztlichen Berufsgeheimnisses bleibt in jedem Fall vorbehalten.

⁴ Als Schularzte sind nur Ärzte wählbar, die im Besitze der Berufsausübungsbewilligung der Gesundheitsdirektion sind.

§ 13 Aufgaben

¹ Der Schularzt hat folgende Aufgaben:

- a) er berät die Schulbehörden und die Lehrerschaft in allen die Schule betreffenden Fragen der Gesundheitspflege und der Präventivmedizin;
- b) * er überwacht den Gesundheitszustand aller Schüler und untersucht zu diesem Zweck die Kindergartenschüler unmittelbar vor dem Übertritt in die Primarstufe und die übrigen Schüler im 4. und 9. Schuljahr. Das Untersuchungsergebnis ist in die ärztliche Schülerkarte einzutragen. Die Gemeinden regeln deren Aufbewahrung. Beim Schulaustritt ist die Karte auf Verlangen den Erziehungsberechtigten zuzustellen oder zu vernichten;
- c) * er orientiert die Erziehungsberechtigten über festgestellte Mängel oder Krankheiten, die eine ärztliche Behandlung, Überwachung oder weitere Abklärung als notwendig erscheinen lassen;

- d) * in besonderen Fällen untersucht er auf Antrag des Schulpsychologischen Dienstes, eines Psychiaters, der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB), einer Fürsorgeinstitution oder einer Lehrperson einzelne Schüler auch ausserhalb der ordentlichen generellen Kontrolle;
- e) er führt Impfungen und ausserordentliche Untersuchungen nach Weisungen der Gesundheitsdirektion durch.

² Der Schularzt erstattet nach Ende eines Schuljahres der gemeindlichen Schulbehörde und dem Kantonsarzt zuhanden der Direktion für Bildung und Kultur einen Tätigkeitsbericht. *

§ 14 Privatschulen

¹ Privatschulen sind verpflichtet, ebenfalls einen Schularzt-Dienst wie an den öffentlich-rechtlichen Schulen zu organisieren.

² Diese Schulen bezeichnen ihren Schularzt unter Mitteilung an die Gesundheitsdirektion und die Direktion für Bildung und Kultur selber.

³ Der Schularzt erstattet jährlich dem Kantonsarzt zuhanden der Direktion für Bildung und Kultur einen Tätigkeitsbericht. *

§ 14a * Privatschulung

¹ Die Erziehungsberechtigten haben einen Arzt mit den Aufgaben gemäss § 13 Abs. 1 und 2 zu beauftragen.

² Sie teilen der Gesundheitsdirektion und der Direktion für Bildung und Kultur mit, welcher Arzt beauftragt ist.

3.2. Schulzahnarzt-Dienst

§ 15 * Organisation

¹ Jede Gemeinde organisiert für die Kindergartenschüler und die schulpflichtigen Kinder, deren Erziehungsberechtigte in der Gemeinde Wohnsitz haben, einen Schulzahnarzt-Dienst.

² Dieser umfasst: *

- a) einen jährlichen Untersuch
- b) die konservierende Behandlung
- c) die Behandlung beitragsberechtigter kieferorthopädischer Fälle.

³ Die Direktion für Bildung und Kultur sowie die Gesundheitsdirektion erlassen Bestimmungen über die Beitragsberechtigung von kieferorthopädischen Fällen. Sie beauftragen auf Vorschlag der Zahnärztesgesellschaft einen Kieferorthopäden SSO als Begutachter, der über die Beitragsberechtigung jener Fälle entscheidet, die von einem Allgemeinpraktiker zur Behandlung vorgeschlagen werden.

§ 16 * Finanzielles

¹ Die Gemeinden leisten Beiträge, unter Berücksichtigung der finanziellen Verhältnisse der Erziehungsberechtigten, für konservierende Behandlungen bis zum Abschluss des 9. Schuljahres und für kieferorthopädische Fälle bis längstens zwei Jahre nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit.

§ 17 * ...

4. Kantonale Schuldienste

§ 18 Schulpsychologischer Dienst

¹ Der Schulpsychologische Dienst hat folgende Aufgaben:

- a) * Abklärung von schulischen Fragestellungen und erzieherischen Fragestellungen im Zusammenhang mit der schulischen Situation bei Zuger Schülern während der obligatorischen Schulzeit;
- b) * Abklärung von Lern- und Leistungsproblemen bei Schülern bzw. Lernenden, welche eine Zuger Mittelschule oder ein Brückenangebot besuchen oder über einen vom Amt für Berufsbildung genehmigten Lehrvertrag verfügen sowie bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen ohne abgeschlossene Erstausbildung mit Wohnort im Kanton Zug;
- c) * Beratung und Begleitung der Erziehungsberechtigten, des Schülers, der Lehr- und Fachpersonen sowie der Schulbehörden während der obligatorischen Schulzeit;
- d) * Information von Erziehungsberechtigten, Lehr- und Fachpersonen, Fachstellen und Schulbehörden.
- e) * ...
- f) * ...

² Die Anmeldung beim Schulpsychologischen Dienst erfolgt: *

- a) * bei schulischen Fragestellungen während der obligatorischen Schulzeit durch den zuständigen Rektor auf Antrag der Lehrperson nach Rücksprache mit den Erziehungsberechtigten;
- b) * bei schulischen Fragestellungen auf der Sekundarstufe II durch den zuständigen Rektor oder Schulleiter auf Antrag der Lehrperson, den Ausbildungs- oder Berufsberater, den Geschäftsführer oder den Case Manager des Bildungsnetzes Zug jeweils nach Rücksprache mit den Erziehungsberechtigten bzw. dem mündigen Schüler oder Lernenden.
- c) * bei erzieherischen Fragestellungen im Zusammenhang mit der schulischen Situation durch die Erziehungsberechtigten.

³ ... *

§ 19 Amt für Berufsberatung

¹ Das Amt für Berufsberatung ist zuständig für die Information und die persönliche Beratung aller Schüler der Sekundarstufe I, der Fachmittelschule, der Wirtschaftsmittelschule und der Brückenangebote in Hinsicht auf die Wahl des Berufs und der Ausbildung. *

² Es unterstützt und koordiniert zudem die Aktivitäten bei der Berufswahlvorbereitung durch Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten, der Schule und der Wirtschaft. *

³ Das Amt für Berufsberatung ist zudem zuständig für die Studienberatung der Schüler des Gymnasiums der Kantonsschule Zug und der Kantonsschule Menzingen. *

⁴ ... *

§ 20 * ...

§ 21 Polizeiliche Präventionsmassnahmen

¹ Die Polizei unterrichtet die Schülerinnen und Schüler im verantwortungsbewussten Verhalten im Strassenverkehr und führt an den Schulen Präventionskampagnen im Bereich Gewalt durch. *

² Der Bildungsrat regelt die Durchführung in Zusammenarbeit mit der Polizei. *

§ 22 Didaktisches Zentrum

¹ Das Didaktische Zentrum ist die kantonale Dokumentations- und Verleihstelle für schulische Medien.

² Es steht allen Lehrpersonen der Schulen im Kanton Zug, den gemeindlichen und kantonalen Schulbehörden, den zugerischen und den an der Pädagogischen Hochschule Zug Studierenden sowie im Rahmen des bestehenden Angebotes auch den Kursleitern der Erwachsenenbildungsinstitutionen im Kanton Zug zur Verfügung. *

4a Lehrpersonen *

§ 22^{bis} * ...

§ 23 * Lehrberechtigung

¹ Wer im Besitz eines anerkannten Lehrdiploms ist, kann ohne zusätzliche zugerische Bewilligung an den gemeindlichen Schulen und an den Privatschulen der obligatorischen Schulzeit unterrichten.

² Als anerkannte Lehrdiplome gemäss Abs. 1 gelten die von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK anerkannten kantonalen Lehrdiplome für die Kindergarten-, Primar- und Sekundarstufe I, die Schulische Heilpädagogik und Logopädie und Psychomotoriktherapie sowie die von der EDK anerkannten entsprechenden ausländischen Lehrdiplome. *

³ Als anerkannt gelten zudem die von der Eidgenössischen Hochschule für Sport oder früher von der ETH und kantonalen Universitäten erteilten Lehrdiplome für den Turn- und Sportunterricht.

⁴ ... *

⁵ ... *

⁶ ... *

⁷ Für die Zulassung und die Wahl der Lehrer für den Religionsunterricht sind die Kirchen zuständig.

§ 23a * Unbefristete Lehrbewilligungen

¹ Die Direktion für Bildung und Kultur kann unbefristete Lehrbewilligungen erteilen an

- a) fachlich geeignete Lehrpersonen mit einem Lehrdiplom derselben Schulstufe für den Unterricht zusätzlicher Fächer;
- b) fachlich geeignete Lehrpersonen mit einem Lehrdiplom einer tieferen oder höheren Schulstufe für den Unterricht an einer anderen Schulstufe;

- c) fachlich geeignete Lehrpersonen mit einem Lehrdiplom und einer Lehrbewilligung eines anderen Kantons für eine bestimmte Schulstufe für den Unterricht auf dieser Schulstufe;
- d) an fachlich geeignete Lehrpersonen mit einem ausländischen Lehrdiplom für den Unterricht an einer fremd- oder zweisprachigen Privatschule.

§ 23b * Befristete Lehrbewilligungen

¹ Stehen nicht genügend Bewerbende mit einem Lehrdiplom zur Verfügung, kann die Direktion für Bildung und Kultur im Einzelfall eine befristete Lehrbewilligung erteilen.

² Die befristete Lehrbewilligung kann verlängert werden, wenn die Gemeinde nachweist, dass in der Zwischenzeit

- a) keine geeignete Lehrperson mit dem erforderlichen Lehrdiplom oder einer unbefristeten Lehrbewilligung der Direktion für Bildung und Kultur gefunden werden konnte oder
- b) die betreffende Lehrperson an einer Pädagogischen Hochschule für die Erlangung des entsprechenden Lehrdiploms angemeldet ist bzw. aufgenommen wurde.

§ 23^{bis} * Entzug der Lehrberechtigung

¹ ... *

² Die Direktion für Bildung und Kultur gibt nach Rechtskraft ihres Entscheides im Sinne von Art. 12^{bis} der Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen¹⁾ dem Generalsekretariat der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren dazu folgende Personendaten bekannt: *

- a) Name der Lehrperson
- b) Datum des Lehrdiploms
- c) Daten des Entzugsentscheides
- d) Entzugsbehörde
- e) Dauer des Entzugs.

¹⁾ BGS [411.2](#)

5. ... *

§ 24 * Lehrerberatung

¹ Die Gemeinden sorgen dafür, dass Lehrpersonen während den ersten zwei Jahren ihrer Lehrtätigkeit sowie bei einem Stufenwechsel durch erfahrene Kollegen in pädagogischer, didaktischer und administrativer Hinsicht beraten und begleitet werden. Der Rektor ist für die Organisation verantwortlich. *

² ... *

§ 25 * ...

§ 26 * Intensivweiterbildung

¹ Die Intensivweiterbildung dient den Lehrern dazu, sich im Rahmen einer maximal 12 Wochen dauernden besoldeten Freistellung vom Unterricht mit den zentralen Fragen des Berufes vertieft auseinanderzusetzen. Dabei geht es insbesondere darum,

- a) eine gründliche berufliche Standort-Bestimmung vorzunehmen;
- b) neue Gedanken und Ideen kennen zu lernen und deren Tauglichkeit für die eigene Berufsarbeit zu überprüfen;
- c) Mut und Energie zu schöpfen, in der eigenen Alltagsarbeit auf Bestehendes aufzubauen, Neues zu versuchen und offen zu sein für die Anliegen der Arbeits- und Gesprächspartner.

² Die Intensivweiterbildung wird in erster Linie als institutionalisierter Kurs mit Mitgestaltungsmöglichkeit der Teilnehmer angeboten. In zweiter Linie kann sie auch für ein individuell zusammengestelltes Programm gewährt werden.

³ Die Einzelheiten sind in einem separaten Reglement¹⁾ festgelegt.

6. Kommissionen und Beauftragte

§ 27 Schulkommission

¹ Die Schulkommission erlässt eine Schulordnung. Diese regelt *

- 1. * die Zusammenarbeit von Schülern und Lehrern,
- 2. * die Zusammenarbeit von Erziehungsberechtigten und Lehrern,

¹⁾ BGS [412.35](#)

3. * die Rechte und Pflichten der Schüler, insbesondere bezüglich der Mitgestaltung des Unterrichts sowie

4. * die Rechte und Pflichten der Erziehungsberechtigten.

² Die Schulkommission hat eine Disziplinarordnung zu erlassen, worin die möglichen Verstösse, die zuständigen Disziplinarorgane, die Disziplinar-massnahmen, das Disziplinarverfahren sowie die Beschwerdemöglichkeiten abschliessend bestimmt sind.

³ ... *

§ 28 Fachkommissionen

¹ Die Direktion für Bildung und Kultur kann im Rahmen des Voranschlagskredites und nach Rücksprache mit den gemeindlichen Schulbehörden einzelne Mitglieder von Fachkommissionen teilweise vom Unterricht entlasten.

§ 29 Projektleiter und Fachbeauftragte

¹ Die Direktion für Bildung und Kultur kann im Rahmen des Voranschlagskredites für befristete Aufgaben Projektleiter und Fachbeauftragte einsetzen.

² Der Tätigkeitsbereich, die Entschädigung und eine allfällige Unterrichts-entlastung sowie der zeitliche Rahmen dieser Aufträge sind vertraglich zu regeln.

7. ... *

§ 30 * ...

§ 31 * ...

§ 32 * ...

8. Weiterführende Schulen

§ 33 Beitragsberechtigung

¹ Die beitragsberechtigten Schularten werden vom Regierungsrat bestimmt.

² Die zuständige Direktion bezeichnet die einzelnen Schulen bzw. die Studien- und Lehrgänge und führt darüber ein Verzeichnis: *

- a) * Volkswirtschaftsdirektion: die im Rahmen der Interkantonalen Fachschulvereinbarung von den anderen Vereinbarungskantonen angebotenen Studien- und Lehrgänge;
- b) * Direktion für Bildung und Kultur: die übrigen weiterführenden Schulen.

³ Anspruchsberechtigt sind Absolventen, die gemäss Artikel 23 ff. ZGB im Kanton Zug Wohnsitz haben.

§ 34 Beiträge

¹ Der Beitrag für eine gleichwertige Ausbildung gemäss § 72 Abs. 4 des Schulgesetzes ist so anzusetzen, dass er höchstens dem Schulgeld der Absolventen von vergleichbaren Konkordatsschulen entspricht.

9. Privatschulen

§ 35 Kantonsbeiträge

¹ ... *

² Die Direktion für Bildung und Kultur zahlt den zugerischen Privatschulen, die einen Kantonsbeitrag gemäss § 78 Abs. 2 des Schulgesetzes (SchulG) vom 27. September 1990¹⁾ anbegehren, per 1. Februar die Beiträge aufgrund einer von den betreffenden Schulen auf amtlichem Formular eingereichten Namensliste der Zuger Schülerinnen und Schüler (Stichtag 15. November des Vorjahres). Die Auswirkung des Kantonsbeitrags auf das Schulgeld der Zuger Schülerinnen und Schüler ist nachzuweisen, wobei zu beachten ist, dass mindestens 50 % des Kantonsbeitrags den Zuger Schülerinnen und Schülern zugute kommen muss. *

³ ... *

¹⁾ BGS [412.11](#)

10. Allgemeine Weiterbildung *

§ 36 Beiträge

¹ Der Kanton schafft die Rahmenbedingungen für ein vielfältiges, qualitativ hochstehendes Angebot für alle Bevölkerungsschichten auf kantonaler Ebene, indem er Jahresbeiträge und Projektbeiträge sowie Beiträge an Dienstleistungen und an Massnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen gewährt. *

² Voraussetzung für die Gewährung von Jahresbeiträgen ist, dass die Antragstellende Organisation

- a) * auf kantonaler Ebene im Bereich der Allgemeinen Weiterbildung tätig ist;
- b) nicht gewinnorientiert ist;
- c) Veranstaltungen anbietet, die öffentlich zugänglich sind;
- d) zur Zusammenarbeit und zur Koordination mit anderen Anbietern bereit ist;
- e) der Kommission Kostenbudgets und -abrechnungen offenlegt;
- f) eine angemessene Eigenleistung erbringt;
- g) in der Regel privatrechtlich organisiert ist;
- h) * EduQua zertifiziert ist oder über ein geprüftes Qualitätssicherungsprogramm verfügt.

³ Nicht unterstützt werden Organisationen,

- a) deren Angebote vorwiegend der Erholung, der körperlichen Ertüchtigung, der Unterhaltung oder der Therapie dienen;
- b) die von dritter Seite finanziell massgeblich unterstützt werden;
- c) die Veranstaltungen durchführen, die zu ideellen und/oder finanziellen Abhängigkeiten führen können.

§ 37 Kommission

¹ Die Kommission Allgemeine Weiterbildung wird von der Direktion für Bildung und Kultur für die Dauer von vier Jahren ernannt. *

² Sie hat folgende Aufgaben:

- a) sie berät den Regierungsrat und die Gemeinden;
- b) * sie fördert im Sinne ihres Leitbildes Qualität und Stellenwert der Allgemeinen Weiterbildung;
- c) sie fördert Koordination und Zusammenarbeit in der Weiterbildung;
- d) sie fördert die Information über die Weiterbildung;
- e) sie erarbeitet Kriterien für die Gewährung von Beiträgen;

- e1) * sie prüft das Qualitätssicherungsprogramm von Antrag stellenden Organisationen;
- f) sie beantragt der Direktion für Bildung und Kultur die Gewährung von Beiträgen.

§ 38 * Kompetenz

¹ Die Direktion für Bildung und Kultur entscheidet über die Gewährung von Kantonsbeiträgen im Rahmen des vom Kantonsrat beschlossenen Budgetkredites.

11. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 39 Aufgehobene Erlasse

¹ Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung werden folgende Erlasse aufgehoben:

- a) die Verordnung II zum Schulgesetz (Schulanlagen und Schulmobiliar) vom 28. April 1970¹⁾;
- b) die Verordnung VIII zum Schulgesetz (Kindergarten) vom 16. August 1979²⁾;
- c) das Reglement über den schulärztlichen Dienst an den Schulen im Kanton Zug vom 29. März 1966³⁾;
- d) die Verordnung über die Schulzahnpflege und den Schulzahnarzt-Dienst vom 8. Juli 1986⁴⁾;
- e) die Vollziehungsverordnung betreffend Beiträge an ausserkantonale höhere Schulen vom 29. August 1978⁵⁾.

§ 40 Übergangsbestimmungen

¹ Die Gemeinden haben bis spätestens zu Beginn des Schuljahres 1994/95 Schul- und Disziplinarordnungen zu erlassen bzw. bereits bestehende den obigen Anforderungen anzupassen.

² Die Einführung des Niveaufachs Englisch auf der Sekundarstufe I im Schuljahr 2016/17 erfolgt gestaffelt ab dem 7. Schuljahr. *

¹⁾ GS 19, 739

²⁾ GS 21, 315

³⁾ GS 19, 145

⁴⁾ GS 22, 773

⁵⁾ GS 21, 151

§ 41 Inkrafttreten

¹ Diese Verordnung tritt auf den 1. August 1992 in Kraft.

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	GS Fundstelle
07.07.1992	01.08.1992	Erlass	Erstfassung	GS 24, 55
11.07.1995	01.08.1995	§ 6 Abs. 1, a)	geändert	GS 25, 147
11.07.1995	01.08.1995	§ 6 Abs. 4	aufgehoben	GS 25, 147
11.07.1995	01.08.1995	§ 6 Abs. 5	aufgehoben	GS 25, 147
11.07.1995	01.08.1995	§ 6 Abs. 6	aufgehoben	GS 25, 147
08.04.1997	01.01.1998	§ 38	totalrevidiert	GS 25, 563
31.08.1999	01.08.2000	§ 7	totalrevidiert	GS 26, 391
23.11.1999	01.08.2000	§ 6 Abs. 1, c)	geändert	GS 26, 483
18.09.2001	22.09.2001	§ 15	totalrevidiert	GS 27, 201
09.07.2002	20.07.2002	§ 31	totalrevidiert	GS 27, 439
19.12.2006	23.12.2006	§ 15 Abs. 2	geändert	GS 28, 949
19.12.2006	23.12.2006	§ 16	totalrevidiert	GS 28, 949
19.12.2006	23.12.2006	§ 17	aufgehoben	GS 28, 949
15.05.2007	26.05.2007	§ 33 Abs. 2	geändert	GS 29, 199
15.05.2007	26.05.2007	§ 33 Abs. 2, a)	eingefügt	GS 29, 199
15.05.2007	26.05.2007	§ 33 Abs. 2, b)	eingefügt	GS 29, 199
21.08.2007	01.08.2007	Erlasstitel	geändert	GS 29, 309
21.08.2007	01.08.2007	§ 1 Abs. 2	geändert	GS 29, 309
21.08.2007	01.08.2007	§ 3 Abs. 3	geändert	GS 29, 309
21.08.2007	01.08.2007	§ 4 Abs. 1	aufgehoben	GS 29, 309
21.08.2007	01.08.2007	§ 4 Abs. 2	geändert	GS 29, 309
21.08.2007	01.08.2007	§ 4 Abs. 3	geändert	GS 29, 309
21.08.2007	01.08.2007	§ 4 Abs. 3, a)	geändert	GS 29, 309
21.08.2007	01.08.2007	§ 4 Abs. 3, b)	geändert	GS 29, 309
21.08.2007	01.08.2007	§ 4 Abs. 3, c)	geändert	GS 29, 309
21.08.2007	01.08.2007	§ 5 Abs. 1	geändert	GS 29, 309
21.08.2007	01.08.2007	§ 5 Abs. 2	geändert	GS 29, 309
21.08.2007	01.08.2007	§ 6 Abs. 1, b), 1.	geändert	GS 29, 309
21.08.2007	01.08.2007	§ 6 Abs. 3	geändert	GS 29, 309
21.08.2007	01.08.2007	§ 13 Abs. 2	geändert	GS 29, 309
21.08.2007	01.08.2007	§ 14 Abs. 3	geändert	GS 29, 309
21.08.2007	01.08.2007	§ 18 Abs. 3	geändert	GS 29, 309
21.08.2007	01.08.2007	§ 19 Abs. 1	geändert	GS 29, 309
21.08.2007	01.08.2007	§ 19 Abs. 2	geändert	GS 29, 309
21.08.2007	01.08.2007	§ 19 Abs. 3	geändert	GS 29, 309
21.08.2007	01.08.2007	§ 19 Abs. 4	geändert	GS 29, 309

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	GS Fundstelle
21.08.2007	01.08.2007	§ 20	aufgehoben	GS 29, 309
21.08.2007	01.08.2007	§ 21 Abs. 2	geändert	GS 29, 309
21.08.2007	01.08.2007	§ 22 Abs. 2	geändert	GS 29, 309
21.08.2007	01.08.2007	§ 25	aufgehoben	GS 29, 309
21.08.2007	01.08.2007	§ 27 Abs. 3	geändert	GS 29, 309
21.08.2007	01.08.2007	§ 36 Abs. 2, a)	geändert	GS 29, 309
15.01.2008	01.01.2008	§ 9 Abs. 1	geändert	GS 29, 623
15.01.2008	01.01.2008	§ 9 Abs. 2	geändert	GS 29, 623
15.01.2008	01.01.2008	§ 9 Abs. 3	eingefügt	GS 29, 623
15.01.2008	01.01.2008	Titel 2 ^{bis}	eingefügt	GS 29, 623
15.01.2008	01.01.2008	§ 11	totalrevidiert	GS 29, 623
15.01.2008	01.01.2008	§ 11 ^{bis}	eingefügt	GS 29, 623
15.01.2008	01.01.2008	§ 11 ^{ter}	eingefügt	GS 29, 623
15.01.2008	01.01.2008	§ 21 Abs. 1	geändert	GS 29, 623
15.01.2008	01.01.2008	§ 22 ^{bis}	aufgehoben	GS 29, 623
15.01.2008	01.01.2008	§ 23	totalrevidiert	GS 29, 623
15.01.2008	01.01.2008	§ 23 ^{bis}	eingefügt	GS 29, 623
15.01.2008	01.01.2008	§ 24	totalrevidiert	GS 29, 623
15.01.2008	01.01.2008	§ 25	wieder in Kraft	GS 29, 623
15.01.2008	01.01.2008	§ 26	totalrevidiert	GS 29, 623
15.01.2008	01.01.2008	§ 30	aufgehoben	GS 29, 623
15.01.2008	01.01.2008	Titel 10.	geändert	GS 29, 623
15.01.2008	01.01.2008	§ 36 Abs. 1	geändert	GS 29, 623
15.01.2008	01.01.2008	§ 36 Abs. 2, h)	geändert	GS 29, 623
15.01.2008	01.01.2008	§ 37 Abs. 1	geändert	GS 29, 623
15.01.2008	01.01.2008	§ 37 Abs. 2, b)	geändert	GS 29, 623
08.07.2008	01.08.2008	§ 8 ^{bis}	eingefügt	GS 29, 849
08.07.2008	01.08.2008	§ 8 ^{ter}	eingefügt	GS 29, 849
09.12.2008	01.12.2008	§ 36 Abs. 2, h)	geändert	GS 29, 1033
16.11.2010	01.01.2011	§ 11 ^{ter} Abs. 2	aufgehoben	GS 30, 691
12.07.2011	01.08.2011	§ 18 Abs. 1, a)	geändert	GS 31, 197
12.07.2011	01.08.2011	§ 18 Abs. 1, b)	geändert	GS 31, 197
12.07.2011	01.08.2011	§ 18 Abs. 1, c)	geändert	GS 31, 197
12.07.2011	01.08.2011	§ 18 Abs. 1, d)	geändert	GS 31, 197
12.07.2011	01.08.2011	§ 18 Abs. 1, e)	aufgehoben	GS 31, 197
12.07.2011	01.08.2011	§ 18 Abs. 1, f)	aufgehoben	GS 31, 197
12.07.2011	01.08.2011	§ 18 Abs. 2	geändert	GS 31, 197
12.07.2011	01.08.2011	§ 18 Abs. 2, a)	eingefügt	GS 31, 197
12.07.2011	01.08.2011	§ 18 Abs. 2, b)	eingefügt	GS 31, 197

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	GS Fundstelle
12.07.2011	01.08.2011	§ 18 Abs. 2, c)	eingefügt	GS 31, 197
12.07.2011	01.08.2011	§ 18 Abs. 3	aufgehoben	GS 31, 197
27.11.2012	01.01.2013	§ 2 Abs. 2	geändert	GS 31, 687
27.11.2012	01.01.2013	§ 13 Abs. 1, d)	geändert	GS 31, 687
27.11.2012	01.01.2013	§ 18 Abs. 2, b)	geändert	GS 31, 687
09.07.2013	01.08.2013	§ 1 Abs. 2	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 2 Abs. 2	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 2 Abs. 3	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 3 Abs. 1	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 3 Abs. 3	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 3 Abs. 4	eingefügt	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 4 Abs. 2a	eingefügt	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 4 Abs. 3	aufgehoben	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 4a	eingefügt	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 5 Abs. 1	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 5 Abs. 2	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 6	Titel geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 6 Abs. 1	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 6 Abs. 2	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 6 Abs. 3a	eingefügt	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 7 Abs. 1	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 8 Abs. 1	aufgehoben	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 8 Abs. 2	aufgehoben	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 8 Abs. 3, d)	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 8 ^{bis} Abs. 1	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 8 ^{bis} Abs. 1, b)	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 8 ^{bis} Abs. 2	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 8 ^{bis} Abs. 3	eingefügt	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 10 Abs. 1	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 10 Abs. 1, c)	aufgehoben	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 10 Abs. 2	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 10 Abs. 3	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 10a	eingefügt	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 11 ^{bis} Abs. 2	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 11 ^{bis} Abs. 3	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 13 Abs. 1, b)	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 13 Abs. 1, c)	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 14a	eingefügt	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 18 Abs. 1, a)	geändert	GS 2013/038

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	GS Fundstelle
09.07.2013	01.08.2013	§ 18 Abs. 2, b)	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 18 Abs. 2, c)	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 19 Abs. 2	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 19 Abs. 4	aufgehoben	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 22 Abs. 2	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	Titel 4a	eingefügt	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 23 Abs. 2	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 23 Abs. 4	aufgehoben	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 23 Abs. 5	aufgehoben	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 23 Abs. 6	aufgehoben	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 23a	eingefügt	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 23b	eingefügt	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 23 ^{bis} Abs. 1	aufgehoben	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 23 ^{bis} Abs. 2	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	Titel 5.	aufgehoben	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 24 Abs. 1	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 25	aufgehoben	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 27 Abs. 1	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 27 Abs. 1, 1.	eingefügt	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 27 Abs. 1, 2.	eingefügt	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 27 Abs. 1, 3.	eingefügt	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 27 Abs. 1, 4.	eingefügt	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	Titel 7.	aufgehoben	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 31	aufgehoben	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 32	aufgehoben	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 35 Abs. 1	aufgehoben	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 36 Abs. 2, h)	geändert	GS 2013/038
09.07.2013	01.08.2013	§ 37 Abs. 2, e1)	eingefügt	GS 2013/038
28.01.2014	08.02.2014	§ 27 Abs. 3	aufgehoben	GS 2014/005
24.06.2014	01.08.2016	§ 7 Abs. 1	geändert	GS 2014/035
24.06.2014	01.08.2016	§ 7 Abs. 4	eingefügt	GS 2014/035
24.06.2014	01.08.2014	§ 19 Abs. 3	geändert	GS 2014/031
12.07.2016	01.08.2016	§ 2 Abs. 3a	eingefügt	GS 2016/026
12.07.2016	01.08.2016	§ 7 Abs. 4	geändert	GS 2016/027
12.07.2016	01.08.2016	§ 8 ^{ter} Abs. 1	geändert	GS 2016/026
12.07.2016	01.08.2016	§ 8 ^{ter} Abs. 3	geändert	GS 2016/026
12.07.2016	01.08.2016	§ 40 Abs. 2	eingefügt	GS 2016/027
27.03.2018	01.01.2018	§ 24 Abs. 2	aufgehoben	GS 2018/013
27.03.2018	01.01.2018	§ 35 Abs. 2	geändert	GS 2018/013

412.111

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	GS Fundstelle
27.03.2018	01.01.2018	§ 35 Abs. 3	aufgehoben	GS 2018/013

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	GS Fundstelle
Erlass	07.07.1992	01.08.1992	Erstfassung	GS 24, 55
Erlasstitel	21.08.2007	01.08.2007	geändert	GS 29, 309
§ 1 Abs. 2	21.08.2007	01.08.2007	geändert	GS 29, 309
§ 1 Abs. 2	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
§ 2 Abs. 2	27.11.2012	01.01.2013	geändert	GS 31, 687
§ 2 Abs. 2	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
§ 2 Abs. 3	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
§ 2 Abs. 3a	12.07.2016	01.08.2016	eingefügt	GS 2016/026
§ 3 Abs. 1	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
§ 3 Abs. 3	21.08.2007	01.08.2007	geändert	GS 29, 309
§ 3 Abs. 3	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
§ 3 Abs. 4	09.07.2013	01.08.2013	eingefügt	GS 2013/038
§ 4 Abs. 1	21.08.2007	01.08.2007	aufgehoben	GS 29, 309
§ 4 Abs. 2	21.08.2007	01.08.2007	geändert	GS 29, 309
§ 4 Abs. 2a	09.07.2013	01.08.2013	eingefügt	GS 2013/038
§ 4 Abs. 3	21.08.2007	01.08.2007	geändert	GS 29, 309
§ 4 Abs. 3	09.07.2013	01.08.2013	aufgehoben	GS 2013/038
§ 4 Abs. 3, a)	21.08.2007	01.08.2007	geändert	GS 29, 309
§ 4 Abs. 3, b)	21.08.2007	01.08.2007	geändert	GS 29, 309
§ 4 Abs. 3, c)	21.08.2007	01.08.2007	geändert	GS 29, 309
§ 4a	09.07.2013	01.08.2013	eingefügt	GS 2013/038
§ 5 Abs. 1	21.08.2007	01.08.2007	geändert	GS 29, 309
§ 5 Abs. 1	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
§ 5 Abs. 2	21.08.2007	01.08.2007	geändert	GS 29, 309
§ 5 Abs. 2	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
§ 6	09.07.2013	01.08.2013	Titel geändert	GS 2013/038
§ 6 Abs. 1	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
§ 6 Abs. 1, a)	11.07.1995	01.08.1995	geändert	GS 25, 147
§ 6 Abs. 1, b), 1.	21.08.2007	01.08.2007	geändert	GS 29, 309
§ 6 Abs. 1, c)	23.11.1999	01.08.2000	geändert	GS 26, 483
§ 6 Abs. 2	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
§ 6 Abs. 3	21.08.2007	01.08.2007	geändert	GS 29, 309
§ 6 Abs. 3a	09.07.2013	01.08.2013	eingefügt	GS 2013/038
§ 6 Abs. 4	11.07.1995	01.08.1995	aufgehoben	GS 25, 147
§ 6 Abs. 5	11.07.1995	01.08.1995	aufgehoben	GS 25, 147
§ 6 Abs. 6	11.07.1995	01.08.1995	aufgehoben	GS 25, 147

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	GS Fundstelle
§ 7	31.08.1999	01.08.2000	totalrevidiert	GS 26, 391
§ 7 Abs. 1	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
§ 7 Abs. 1	24.06.2014	01.08.2016	geändert	GS 2014/035
§ 7 Abs. 4	24.06.2014	01.08.2016	eingefügt	GS 2014/035
§ 7 Abs. 4	12.07.2016	01.08.2016	geändert	GS 2016/027
§ 8 Abs. 1	09.07.2013	01.08.2013	aufgehoben	GS 2013/038
§ 8 Abs. 2	09.07.2013	01.08.2013	aufgehoben	GS 2013/038
§ 8 Abs. 3, d)	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
§ 8 ^{bis}	08.07.2008	01.08.2008	eingefügt	GS 29, 849
§ 8 ^{bis} Abs. 1	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
§ 8 ^{bis} Abs. 1, b)	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
§ 8 ^{bis} Abs. 2	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
§ 8 ^{bis} Abs. 3	09.07.2013	01.08.2013	eingefügt	GS 2013/038
§ 8 ^{ter}	08.07.2008	01.08.2008	eingefügt	GS 29, 849
§ 8 ^{ter} Abs. 1	12.07.2016	01.08.2016	geändert	GS 2016/026
§ 8 ^{ter} Abs. 3	12.07.2016	01.08.2016	geändert	GS 2016/026
§ 9 Abs. 1	15.01.2008	01.01.2008	geändert	GS 29, 623
§ 9 Abs. 2	15.01.2008	01.01.2008	geändert	GS 29, 623
§ 9 Abs. 3	15.01.2008	01.01.2008	eingefügt	GS 29, 623
§ 10 Abs. 1	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
§ 10 Abs. 1, c)	09.07.2013	01.08.2013	aufgehoben	GS 2013/038
§ 10 Abs. 2	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
§ 10 Abs. 3	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
§ 10a	09.07.2013	01.08.2013	eingefügt	GS 2013/038
Titel 2 ^{bis}	15.01.2008	01.01.2008	eingefügt	GS 29, 623
§ 11	15.01.2008	01.01.2008	totalrevidiert	GS 29, 623
§ 11 ^{bis}	15.01.2008	01.01.2008	eingefügt	GS 29, 623
§ 11 ^{bis} Abs. 2	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
§ 11 ^{bis} Abs. 3	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
§ 11 ^{ter}	15.01.2008	01.01.2008	eingefügt	GS 29, 623
§ 11 ^{ter} Abs. 2	16.11.2010	01.01.2011	aufgehoben	GS 30, 691
§ 13 Abs. 1, b)	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
§ 13 Abs. 1, c)	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
§ 13 Abs. 1, d)	27.11.2012	01.01.2013	geändert	GS 31, 687
§ 13 Abs. 2	21.08.2007	01.08.2007	geändert	GS 29, 309
§ 14 Abs. 3	21.08.2007	01.08.2007	geändert	GS 29, 309
§ 14a	09.07.2013	01.08.2013	eingefügt	GS 2013/038
§ 15	18.09.2001	22.09.2001	totalrevidiert	GS 27, 201
§ 15 Abs. 2	19.12.2006	23.12.2006	geändert	GS 28, 949

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	GS Fundstelle
§ 16	19.12.2006	23.12.2006	totalrevidiert	GS 28, 949
§ 17	19.12.2006	23.12.2006	aufgehoben	GS 28, 949
§ 18 Abs. 1, a)	12.07.2011	01.08.2011	geändert	GS 31, 197
§ 18 Abs. 1, a)	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
§ 18 Abs. 1, b)	12.07.2011	01.08.2011	geändert	GS 31, 197
§ 18 Abs. 1, c)	12.07.2011	01.08.2011	geändert	GS 31, 197
§ 18 Abs. 1, d)	12.07.2011	01.08.2011	geändert	GS 31, 197
§ 18 Abs. 1, e)	12.07.2011	01.08.2011	aufgehoben	GS 31, 197
§ 18 Abs. 1, f)	12.07.2011	01.08.2011	aufgehoben	GS 31, 197
§ 18 Abs. 2	12.07.2011	01.08.2011	geändert	GS 31, 197
§ 18 Abs. 2, a)	12.07.2011	01.08.2011	eingefügt	GS 31, 197
§ 18 Abs. 2, b)	12.07.2011	01.08.2011	eingefügt	GS 31, 197
§ 18 Abs. 2, b)	27.11.2012	01.01.2013	geändert	GS 31, 687
§ 18 Abs. 2, b)	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
§ 18 Abs. 2, c)	12.07.2011	01.08.2011	eingefügt	GS 31, 197
§ 18 Abs. 2, c)	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
§ 18 Abs. 3	21.08.2007	01.08.2007	geändert	GS 29, 309
§ 18 Abs. 3	12.07.2011	01.08.2011	aufgehoben	GS 31, 197
§ 19 Abs. 1	21.08.2007	01.08.2007	geändert	GS 29, 309
§ 19 Abs. 2	21.08.2007	01.08.2007	geändert	GS 29, 309
§ 19 Abs. 2	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
§ 19 Abs. 3	21.08.2007	01.08.2007	geändert	GS 29, 309
§ 19 Abs. 3	24.06.2014	01.08.2014	geändert	GS 2014/031
§ 19 Abs. 4	21.08.2007	01.08.2007	geändert	GS 29, 309
§ 19 Abs. 4	09.07.2013	01.08.2013	aufgehoben	GS 2013/038
§ 20	21.08.2007	01.08.2007	aufgehoben	GS 29, 309
§ 21 Abs. 1	15.01.2008	01.01.2008	geändert	GS 29, 623
§ 21 Abs. 2	21.08.2007	01.08.2007	geändert	GS 29, 309
§ 22 Abs. 2	21.08.2007	01.08.2007	geändert	GS 29, 309
§ 22 Abs. 2	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
Titel 4a	09.07.2013	01.08.2013	eingefügt	GS 2013/038
§ 22 ^{bis}	15.01.2008	01.01.2008	aufgehoben	GS 29, 623
§ 23	15.01.2008	01.01.2008	totalrevidiert	GS 29, 623
§ 23 Abs. 2	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
§ 23 Abs. 4	09.07.2013	01.08.2013	aufgehoben	GS 2013/038
§ 23 Abs. 5	09.07.2013	01.08.2013	aufgehoben	GS 2013/038
§ 23 Abs. 6	09.07.2013	01.08.2013	aufgehoben	GS 2013/038
§ 23a	09.07.2013	01.08.2013	eingefügt	GS 2013/038
§ 23b	09.07.2013	01.08.2013	eingefügt	GS 2013/038

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	GS Fundstelle
§ 23 ^{bis}	15.01.2008	01.01.2008	eingefügt	GS 29, 623
§ 23 ^{bis} Abs. 1	09.07.2013	01.08.2013	aufgehoben	GS 2013/038
§ 23 ^{bis} Abs. 2	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
Titel 5.	09.07.2013	01.08.2013	aufgehoben	GS 2013/038
§ 24	15.01.2008	01.01.2008	totalrevidiert	GS 29, 623
§ 24 Abs. 1	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
§ 24 Abs. 2	27.03.2018	01.01.2018	aufgehoben	GS 2018/013
§ 25	21.08.2007	01.08.2007	aufgehoben	GS 29, 309
§ 25	15.01.2008	01.01.2008	wieder in Kraft	GS 29, 623
§ 25	09.07.2013	01.08.2013	aufgehoben	GS 2013/038
§ 26	15.01.2008	01.01.2008	totalrevidiert	GS 29, 623
§ 27 Abs. 1	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
§ 27 Abs. 1, 1.	09.07.2013	01.08.2013	eingefügt	GS 2013/038
§ 27 Abs. 1, 2.	09.07.2013	01.08.2013	eingefügt	GS 2013/038
§ 27 Abs. 1, 3.	09.07.2013	01.08.2013	eingefügt	GS 2013/038
§ 27 Abs. 1, 4.	09.07.2013	01.08.2013	eingefügt	GS 2013/038
§ 27 Abs. 3	21.08.2007	01.08.2007	geändert	GS 29, 309
§ 27 Abs. 3	28.01.2014	08.02.2014	aufgehoben	GS 2014/005
Titel 7.	09.07.2013	01.08.2013	aufgehoben	GS 2013/038
§ 30	15.01.2008	01.01.2008	aufgehoben	GS 29, 623
§ 31	09.07.2002	20.07.2002	totalrevidiert	GS 27, 439
§ 31	09.07.2013	01.08.2013	aufgehoben	GS 2013/038
§ 32	09.07.2013	01.08.2013	aufgehoben	GS 2013/038
§ 33 Abs. 2	15.05.2007	26.05.2007	geändert	GS 29, 199
§ 33 Abs. 2, a)	15.05.2007	26.05.2007	eingefügt	GS 29, 199
§ 33 Abs. 2, b)	15.05.2007	26.05.2007	eingefügt	GS 29, 199
§ 35 Abs. 1	09.07.2013	01.08.2013	aufgehoben	GS 2013/038
§ 35 Abs. 2	27.03.2018	01.01.2018	geändert	GS 2018/013
§ 35 Abs. 3	27.03.2018	01.01.2018	aufgehoben	GS 2018/013
Titel 10.	15.01.2008	01.01.2008	geändert	GS 29, 623
§ 36 Abs. 1	15.01.2008	01.01.2008	geändert	GS 29, 623
§ 36 Abs. 2, a)	21.08.2007	01.08.2007	geändert	GS 29, 309
§ 36 Abs. 2, h)	15.01.2008	01.01.2008	geändert	GS 29, 623
§ 36 Abs. 2, h)	09.12.2008	01.12.2008	geändert	GS 29, 1033
§ 36 Abs. 2, h)	09.07.2013	01.08.2013	geändert	GS 2013/038
§ 37 Abs. 1	15.01.2008	01.01.2008	geändert	GS 29, 623
§ 37 Abs. 2, b)	15.01.2008	01.01.2008	geändert	GS 29, 623
§ 37 Abs. 2, e1)	09.07.2013	01.08.2013	eingefügt	GS 2013/038
§ 38	08.04.1997	01.01.1998	totalrevidiert	GS 25, 563

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	GS Fundstelle
§ 40 Abs. 2	12.07.2016	01.08.2016	eingefügt	GS 2016/027